

Mail Kontakt mit Region Hannover, Herrn Jagau

Erste Mail vom 21.10.2010

Sehr geehrter Herr Jagau,

proM.U.T. für Menschen, Umwelt, Tiere setzt sich unter anderem mit dem Problem der Ausweitung von agroindustrieller Massentierhaltung in der Region Hannover, speziell Springe/Boitzum, auseinander. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie bitten, sich intensiv mit der unten beschriebenen Problematik zu befassen und uns ihre Position zu erläutern.

Zahlreiche Zeitungsartikel (eine nicht vollständige Übersicht stellen wir Ihnen bei Bedarf gern zur Verfügung) der letzten Wochen und Monate berichteten vom elenden Tod tausender Tiere, die Opfer von Feuer in Hähnchen- wie auch Schweinemastanlagen geworden sind und deren Rettung allem Anschein nach unmöglich war.

§ 20 der Niedersächsischen Bauordnung schreibt aber vor, dass die baulichen Anlagen so beschaffen sein müssen, dass bei einem Brand die Rettung von Menschen und auch Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich sein müssen. Derlei Brandschutzvorkehrungen fehlen bisher in allen uns bekannten Antragsunterlagen wie auch bei mindestens den meisten bereits bestehenden Anlagen. Die Tiere wurden dabei bisher anscheinend überhaupt nicht berücksichtigt. Nach unseren Informationen verfügt zum Beispiel keine der Feuerwehren im Stadtgebiet Springe über ausreichende Erfahrung, um neben den Löscharbeiten auch die Tierrettung bei einem Feuer in einer Massentierhaltungsanlage für 40.000 Tiere, wie sie in Boitzum geplant ist, bewältigen zu können.

Völlig neue Rahmenbedingungen bei allen Antragsverfahren für agrarindustrielle Großställe ergeben sich nach Einschätzung von proM.U.T. in diesem Zusammenhang durch einen aktuellen Beschluss des Landkreises Emsland zum Brandschutz. Demnach haben Investoren durch ein Brandschutz-Gutachten nachzuweisen, dass die Tiere im Brandfall rechtzeitig aus den Ställen gerettet werden können.

Der emsländische Landrat Hermann Bröring hat nach unseren Informationen aus diesem Grund die Genehmigung zahlreicher Großställe vorerst gestoppt, nachdem ein Anwalt der dortigen Bürgerinitiativen den Vorrang des Tierschutzes gegenüber dem Baurecht für Agrarfabriken in die Genehmigungs-Verfahren eingebracht hatte.

Die neue Brandschutz-Vorgabe kann unseres Erachtens nicht auf das Emsland beschränkt bleiben, sondern muss sofort auch landes- und bundesweit übernommen werden.

Wir fordern daher die zuständigen Genehmigungsbehörden auf, bei zukünftigen Anträgen wie auch bei laufenden Genehmigungsverfahren auf ein schlüssiges Brandschutz-Gutachten und ein aussagefähiges Brandschutzkonzept zu bestehen, um für die Umsetzung der Niedersächsischen Bauordnung Sorge zu tragen. Die Genehmigung von weiteren Mastställen ist nach unserer Auffassung bis zur Klärung durch das von Landkreis Emsland geplante unabhängige rechtliche Gutachten auszusetzen. Auch die Klärung der Vereinbarkeit der Bestimmungen der Nutztierhaltungsverordnung und der Niedersächsischen Bauordnung mit den

verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Tierhaltung steht mit diesem Gutachten auf dem Prüfstand.

Wie stellt sich die Position der Region zu diesem Thema dar. Welche Konsequenzen oder Maßnahmen werden Sie einleiten, besonders hinsichtlich der zur Zeit im Genehmigungsverfahren befindlichen Anlagen.

Mit freundlichem Gruß,
Ulrich Schulze
für proM.U.T.

Zweite Mail (Erinnerung) vom 8.11.2010

Sehr geehrter Herr Jagau,

vor nunmehr fast 3 Wochen hatte ich mir erlaubt, Sie in einer mail (die ich unten nochmals mitschicke) auf die veränderte Genehmigungssituation für agroindustrielle Mastställe im Emsland und die damit in Zusammenhang stehende Problematik des Brandschutzes hinzuweisen. Eine Antwort von Ihnen steht immer noch aus.

Es bilden sich in der Region zwischenzeitlich immer mehr Bürgerinitiativen, die mit immer mehr Mitgliedern und Unterstützern den Widerstand gegen Massentierhaltung und den irrsinnigen weiteren Ausbau der Kapazitäten verstärken. Ich bitte Sie nochmals, uns Ihre Position zu erläutern. Die Region als Genehmigungsbehörde steht hier besonders in der Verantwortung. Sie haben in Ihrer Behörde die Kompetenz und Möglichkeit, ähnlich wie im Emsland, alle anhängigen Genehmigungsverfahren zu stoppen.

Nutzen Sie die Chance zu zeigen, dass Sachverstand Vorrang vor den Interessen der Schlachthof-Lobby hat, dass Ihnen die Gesundheit von Menschen und Tieren und der Erhalt einer noch weitgehend intakten Umwelt und von Naherholungsgebieten wichtig sind. Zuletzt bekannt gewordene Untersuchungen über den hohen Prozentsatz an MRSA Keimträgern unter Schweine- und Geflügelmästern (einschließlich deren Familien) und zu Antibiotikamissbrauch (ein niederländischer Professor sagte kürzlich in einem Vortrag ganz offen, dass sich ein erheblicher Teil des Handels mit Antibiotika im Mastgeflügelbereich "auf der Autobahn" abspielt !) bestärken uns in unserem Widerstand gegen bestehende und geplante Massentieranlagen. Gleichzeitig wird damit Ihre Verantwortung im Genehmigungsverfahren immer größer. Und aus dieser Verantwortung können und werden wir die Genehmigungsbehörde nicht entlassen.

Nochmals mit der Bitte um baldige Antwort,

Ulrich Schulze
www.promut.net

Erste Antwort Zwischennachricht der Region durch Herrn Priebst vom 16.11.2010

Sehr geehrter Herr Schulze,

Herr Jagau bedankt sich für Ihre Nachricht im Namen der Bürgerinitiative Pro M.U.T. und hat mich gebeten, Ihnen eine Zwischennachricht zu geben. Zur Beantwortung Ihrer mail waren einige Rückfragen erforderlich, weswegen sich die Beantwortung noch etwas verzögert hat. Sie werden in Kürze eine Antwort erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Priebst

Prof. Dr. Axel Priebst
Erster Regionsrat der Region Hannover
Dezernat Umwelt, Planung und Bauen
Hildesheimer Str. 20
30169 Hannover
Tel. 0511/616-22565
Fax 0511/616-21060
e-mail: axel.priebst@region-hannover.de